

Sächsisch-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 171

Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich 12,16 — ohne Porto

monatlich 12,16 — ohne Porto, halbjährlich 68,96, jährlich 137,92. Ferner Zentralr. 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 1400 und 1410. — Dohlfeldstr. Leipzig 20, 21.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 11. April

Anzeigenpreis:

Die Sp. 14 mm breite zum Grundpreis 2.— A. Die Sp. 10 mm breite zum Grundpreis 1.— A. Abwärts nach Entf. Größtmöglicher 100 Zeilen. — Verla. u. Druck von Otto Uebler, Halle-Saale

Die Antwort an die Reparationskommission Wortlaut der deutschen Note

w. Berlin, 10. April.

Die heute vormittag in Paris übergebene Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung bedarf sich, den Empfang der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März dieses Jahres und des Schreibens an den Herrn Reichsminister zum gleichen Tage zu bedanken. Seit dem 14. Dezember 1921, als die deutsche Regierung ihr Einverständnis mit der Reparationskommission erklärt hat, ist eine über alle Erwartungen hinausgehende Befriedigung der finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands eingetreten. Der Dollarkurs an der Berliner Börse, der sich durchschnittlich im Januar um 180 bis 200 bemessen hatte, ist infolge der Devisenregelungen im März zunächst allmählich weiter gestiegen und hat dem unter dem Eindruck der Entscheidung der Reparationskommission den Stand von 800 dauernd überschritten. Gleichzeitig mit dieser Festsetzung der äußeren Kaufkraft der Mark ist auch ihre innere Kaufkraft weiter gestiegen. Dies hat zu großen wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen geführt. Die Steuerkraft ist durch die Wende fortgeschritten und beträgt für viele unentbehrliche Lebensbedürfnisse des 60. oder 70. Jahres oder noch mehr. Selbst Brot, dessen Preis noch heute künstlich niedrig gehalten wird, nur Ende März für den Verbraucher gegenüber der Zeit vor dem Krieg auf mehr als das 25fache gestiegen. Bei Kohlen hat vom Januar bis Ende März eine Steigerung einschließlich der Steuer vom 20fachen auf das 60fache, bei Baumwolle eine solche vom 65fachen auf das 95fache stattgefunden. Auch die Hauswirtschaftsgüter, welche um, sind im März gegenüber dem Januar um weit über 100 Prozent gestiegen. Viele Steuerkraft hat zu einer erheblichen Verringerung der deutschen Steuerlast geführt. Das nicht um so schlimmer, als Deutschland trotz dem jetzt 1918 eingetretenen Rückgang des Viehbestandes um 55 bis 60 Prozent und des Brotgetreides um etwa 24 Prozent einen übermäßigen Aufwuchs von Lebensmitteln aus dem Ausland im Werte von 2 1/2 Milliarden Goldmark bewirkt. Die zur Aufrechterhaltung der Neutralität erforderliche Einbuße der Getreide wird im Jahre 1922 allein nach rund 500 Millionen Goldmark lauten. Könnten die hierfür notwendigen Devisen nicht angebracht werden, so sticht eine Angelegenheit bevor. Die deutsche Regierung sieht der Entwicklung im Sommer mit größter Besorgnis entgegen. Selbst es nicht, die weitere Schwächung anzukämpfen, in wird die Mark im Auslande als Währung bald eine Geltung mehr haben und damit die Lebens- und Leistungsfähigkeit Deutschlands eintreten. Diesen Zusammenbruch zu verhindern, liegt im gemeinschaftlichen Interesse, nicht nur Mittel- und Ost-, sondern der ganzen Welt. Die Deutschen berufen vor allem in den 20 Jahren 1918/19. Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, die Reparationskommission zu bitten, in die Nachprüfung der Entscheidung vom 21. März d. J. einzutreten. Sie ist überzeugt, daß die Reparationskommission diesen Antrag auf Grund einer eingehenden Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit gemäß Artikel 234 des Vertrags von Versailles als berechtigt anerkennen wird.

Die erbetene umfassende Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit auf Grund des Artikels 234 ist überaus schwierig und bedeutungsvoll. Dabei sind die zu prüfenden Fragen wissenschaftlich und praktisch neu und unerforscht. Insbesondere ist die deutsche Regierung vor, daß die Prüfung unter der Leitung der Reparationskommission durch eine Anzahl von Sachverständigen vorgenommen wird, die nicht lediglich den unmittelbaren beteiligten Staaten angehören. Die Kommission würde ihre Prüfung insbesondere auf die im Vertrag von Versailles festgesetzte Frage der Vergleichen des deutschen Steuerstandes mit den Steuerstandes der in der Reparationskommission vertretenen Mächte zu beziehen haben. Diese Frage muß in einer zu überlegenden Weise beantwortet werden, wie das bei der gerade in der letzten Zeit aus von alliierten Seiten wiederholt anerkannten Schwierigkeit des Problems überhaupt möglich ist. Mit Jiffen belegte Ausführungen sind in der Anlage I der deutschen Note vom 28. Januar d. J. und den zugehörigen Unterlagen enthalten. Diese Ausführungen sind in den Mitteilungen der Reparationskommission vom 21. März nicht erwähnt und bisher nicht widerlegt worden.

Die Eröffnungssitzung in Genua

(Spezialbericht des Vertreters des S. W. D.)

w. Genua, 10. April.

Die feierliche Eröffnungssitzung der europäischen Wirtschaftskonferenz hat heute früh und nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Argentinien war im Falle nicht eingetreten. Nach den ersten Begrüßungsreden stellte Lloyd George den Antrag, den Ministerpräsidenten de Bacia zum Präsidenten der Konferenz zu wählen. Der von Borchgrevink unterstützte Antrag wurde unter lebhaftem Beifall durch den Beifall angenommen. Darauf hielt Ministerpräsident de Bacia eine bedeutungsvolle einleitende Rede. In dieser Rede sprach er sich für die französische Delegation aus. In einer zweiten Rede sprach der Vertreter Japans, Jiji, an vierter Stelle der Vertreter Belgiens, J. H. D. Unter lebhaftem Beifall wurde der ganze Saal befeuert, bis der deutsche Reichsminister

Berlin in der Note vom 28. Januar hat die deutsche Regierung ihre Überzeugung dahin zum Ausdruck gebracht, daß nur auf dem Wege einer früheren Anleihe die erforderlichen Mittel zur Deckung der Reparationslast beschafft werden können, und daß nur eine derartige Anleihe die Stabilisierung der Wirtschaft befähigen kann. Sie ist der eingetretene Entwicklung der deutschen Regierung in ihrer Auffassung beifällig. Nur eine solche Anleihe würde es ermöglichen, daß die Verzinsungen für das Jahr 1922 bewirkt werden können. Ein Teil der Anleihe würde zur Finanzierung der deutschen Devisen abgezweigt werden. Die Reparationskommission hat hinsichtlich der Befreiung einer besonderen Sachverständigen-Kommission unter Zuziehung eines Neutralen und eines deutschen Vertreters zur Prüfung dieser Frage beauftragt. Die deutsche Regierung gibt dem Wünsche Ausdruck, daß die Arbeit dieser Kommission so bald wie möglich zu praktischen Ergebnissen führen. Allerdings erscheint der deutschen Regierung das Ziel, ein Verleihen der Anleihe nur möglich, wenn die Weltbörsen damit rechnen können, daß mit dem Ertrage der Anleihe nicht nur eine Steile von Jahresabgaben, sondern auch die sonstigen, nach dem Vertrag von Versailles neben den Reparationen bestehende Dienstverpflichtungen finanziert werden.

Inbesondere wären durch die Anleihe auch die Verpflichtungen aus dem Ausgabelauswechsell zu decken, und es müßten etwaige Verpflichtungen zu Verzinsungen aus § 297 des Vertrags von Versailles abgezweigt werden, bis zur Auslieferung nach eingetretener Erhöhung der deutschen Leistungsfähigkeit möglich ist.

Im Zusammenhang mit der einseitigen Festsetzung der deutschen Reparationsleistungen auf Grund der Nachprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, wird besonders die Frage der Garantien zu regeln sein. Die deutsche Regierung vermag den in den Mitteilungen der Reparationskommission vom 21. März d. J. verlangten Garantien nicht zuzustimmen, soweit sie über das Angebot der deutschen Note vom 28. Januar hinausgehen. Sowohl die Forderung der Zahlung von 60 Milliarden neuer Steuern, wie die vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen stellen im Widerspruch zu den unabweisbaren Wünschen der Alliierten in ihrer Note vom 16. Juni 1919.

Die Wiederherstellung nicht nur praktisch undurchführbar. Das gilt insbesondere von den 60 Milliarden neuer Steuern über das Steuerkompromiß hinaus. Die neuere Devisen, wie sie das Steuerkompromiß vorsieht, ist nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse das höchste, was dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft an Steuerlast zugemutet werden könnte. Die Forderung der Zahlung von 60 Milliarden neuer Steuern und Abgaben erhöhen. Außerdem ist die Aufhebung der in der Note vom 28. Januar angelegten Zwangsanleihe in den letzten Tagen gescheitert worden. Die Ertrag dürfte der von der Reparationskommission geforderten Erhöhung des Steuerertrages entsprechen, es sei zu einem großen Teile bereits im Kalenderjahre 1922 eingezogen. Die Zwangsanleihe soll drei Jahre unverzinst bleiben. Sie wird deshalb wie eine Steuer, die ausschließlich das Kapital befaßt.

Was die von der Reparationskommission in Aussicht genommene Kontrolle angeht, so würde die deutsche Regierung sich mit keiner Kontrolle einverstanden erklären können, welche mit der deutschen Finanzautonomie nicht vereinbar ist. Die deutsche Regierung ist bereit, der Reparationskommission alle notwendigen Aufklärungen über die Finanzlage Deutschlands und ihre finanziellen Maßnahmen zu geben. Es wäre aber für keine Regierung ertragbar, dem Auslande einen nachgehenden Einblick auf die Gestaltung und Entwicklung der Gesetzgebung im einzelnen zuzugestehen.

Die deutsche Regierung glaubt sich auf diese grundsätzlichen Vorwürfe und Erklärungen beschränken zu können, in dem sie annimmt, daß Einzelheiten sowie die sonst in den Mitteilungen der Reparationskommission besprochen Punkte demnächst in besonderen Verhandlungen zu erörtern sein werden. 923. W. B. B.

Dr. Borchgrevink hat dabei. Dieser hielt jedoch in deutscher Sprache eine Rede, die darauf in die französische und die englische Sprache überlegt wurde. Die Rede des Reichsministers fand wie alle übrigen einen lebhaften Beifall. Nach dem Ranzler sprach der russische Botschafter des Auswärtigen, Tschichowin.

Der „Reichsminister“ meldet aus Genua: In der gestrigen Sitzung, die der Vertreter der einladenden Staaten in Genua abhielt, wurde beschlossen, die Ausschüsse einzusetzen, darunter einen Organisationsausschuß, der sich mit den politischen Fragen beschäftigt und die Aufgabe hat, sich mit den drei ersten Punkten der Tagesordnung zu befassen, außer mit der Resolution von Genua, mit der Herstellung des europäischen Friedens auf halber Grundlage und mit der Wiederherstellung des Vertrauens ohne an den bestehenden Verträgen etwas abzuändern. In diesem Ausschusse sollen die Vertreter der einladenden Staaten und Delegierte von Deutschland und England vertreten sein; außerdem sollen sich angehören 4 Delegierte der anderen eingeladenen Mächte. Der Ausschuß

wird aus seinen Mitgliedern einen Unter Ausschuss bilden, dem die Aufgabe zufallen würde, die allgemeine Zeitung der Konferenzarbeiten zu übernehmen. Außer diesem Ausschuss werden weitere drei Ausschüsse abwechselnd tagen und wirtschaftliche, finanzielle und Verkehrsfragen prüfen. Im Laufe der gestrigen Beratungen soll sich der französische Delegierte Parisien über den Charakter und die Machtfülle der französischen Delegation ausgesprochen haben. In Abwesenheit des Ministerpräsidenten und gemäß der französischen Erklärung hätten die französischen Delegierten nicht das allgemeine Mandat verlangen können, ihr Mandat in allen Fragen zu engagieren; aber die französische Delegation hat ein begrenztes und bestimmtes Mandat erhalten, in dessen Grenzen sie volle Machtfülle besitzt.

Die Tschechen als Herrennation

Aus Prag wird uns geschrieben:

Die Brager Nationalversammlung erlebte kürzlich etwas noch nie Dagewesenes. Sie ist die Repräsentantin der tschechoslowakischen Republik, doch auch Deutsche und Magyaren darin können und ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen, kommt im Rahmen des Staatskörpers nicht zum Ausdruck; wohl aber, daß die Slowaken, ein ethnographisch den Tschechen nächstliegender Stamm, einen Großteil des „Staatsvolkes“ ausmachen. Dieser Teil des „Staatsvolkes“ hat nun, selbstverständlich lebhaft unterstützt von den Deutschen und magyarischen Opposition, gegen das in Prag bestehende Regierungssystem auf das schärfste opponiert. Es handelt sich um die Aufhebung des Staatsrechts der Slowaken und in Karpaten-Rußland; das heißt, es handelt sich nicht um die Aufhebung, sondern nur um die formelle Ersetzung einer Ausnahmeverordnung durch eine andere. Diese Maßnahme richtete sich in erster Linie gegen die autonomistisch geführten Slowaken, denen der bereitwillige Präsident Talmay im Jahre 1917 in Pittsburg (Nordamerika) die Autonomie der Slowakei für den Fall der Entlassung eines slowakischen Staatsvertrages übergeben hatte. Statt der Einlösung dieses Vertrages aber erleben die Slowaken die Verhängung des Staatsrechts über ihre eigene Heimat, wie sich überhaupt die tschechoslowakische Verbrüderung recht hart anlegt. Die Slowaken entgegen sich über die immer mehr zunehmende Zuzugwanderung von Brager Bürokraten, Lehrern, Militärs, sie verabscheuen die, mit allen Traditionen drohende „Demokratie“, in ihren Herzen stark religiös beeinflusst, antichristlich und altweltlich orientiert, bringen den verschiedenen Auffassungsmethoden wenig Verständnis entgegen.

Sehon im Herbst 1921, als Präsident Talmay seine Weisung durch die Slowakei machte, glaubte man, würde es zum offenen Ausbruch dieser Mißstimmung kommen. Die slowakische Volkspartei, deren Führer Glinka übrigens auch schon einige Monate Gefängnis verbrachte — nachdem er übrigens zur Zeit der Magyarenherrschaft volle acht Jahre für die Freiheit des slowakischen Volkes im Kerker zubringen mußte — behauptet den Sturm, einmal sich gerade damals ein anderer Bündnis zwischen den Slowaken und den katholisch orientierten Tschechen angebahnt hatte. Nun aber geht den Slowaken die Geduld aus. Sie haben jede Beziehung zu den Tschechen abgebrochen und suchen sich, und zwar mit Erfolg, Schutz und Hilfe bei den Deutschen und Magyaren zur Erreichung ihrer Autonomieziele. Die tschechoslowakische Neutralität in der Brager Nationalversammlung ist fast abgebrochen; bei den entscheidenden Abstimmungen stand das Verbot der Regierungsparteien zur vereinigten Opposition wie 13:9, wobei nicht verzeihen werden darf, daß das Wahlrecht ausschließlich auf die Bedürfnisse der Tschechen zugeschnitten ist.

Fast wichtiger sind die Begeisterungen dieser slowakischen Opposition als das Ergebnis selbst. Zunächst ist die erbärmliche Haltung der tschechoslowakischen Positionen registriert, die Freiheit und Recht der Slowaken zu Boden treten. Dann aber hat sich unter dem Eindruck der neuen Parteipositionen die Stellung der Deutschen im Brager Nationalparlament ganz bedeutend nach links verschoben. Schon man sich bisher mit einer kulturellen Autonomie als Mindestforderung zu begnügen, so wird jetzt wieder nach slowakischer Muster die Forderung nach einer administrativen Souveränität der vertriebenen tschechoslowakischen Volksgruppen in den Vorberaumt erhoben. Der Radikalismus im deutschen Lager ist nicht im Stille, da es immer offener wird, daß angefangen der bereitwilligen Zustimmung sich die Tschechen zum auf der bisher erarbeiteten wirtschaftlichen Position halten könnten. Die angetretenen deutschen Finanzinstitute werden amnestie umtrouffert; die Aufstellung des Steuerrechts, welches nicht lediglich eine antideutsche Maßnahme ist; die ganze Steuerpolitik und Finanzpolitik selbst fast praktisch auf eine einheitliche Bestimmung der deutschen Volkswirtschaft hinaus. Die Politik des Opportunismus hat unter den Sudetendeutschen Schiffbruch erlitten. Und die Brager Regierung macht bereits die ersten Schritte zum Einlenken.

Zum Gedenken an Kaiserin Auguste Viktoria

7. 11. April 1921.

Am 11. d. M. wird es bereits ein Jahr, daß die Dulderin von Doorn die Welt und den Lebensverpflichtungen Gatten verließ, dem sie in die Verbannung gefolgt war. Sie starb, ohne die beabsichtigte deutsche Heimat wiederzusehen zu haben. Wenn sich schon anlässlich ihrer Beisetzung im Wort von Genußgefühl ergreifend zeigte, wofür eine Fülle von Liebe sie zu Begehnen im deutschen Volk gehabt hatte, so ist die Erkenntnis ihres Lebens und stillen Wirkens in der Apsidenzeit noch weit mehr der Allgemeinheit zum Bewußtsein gekommen. Daß sich ein besonderes, bleibendes Mißverständnis noch mit dem Namen der stets allen Riten offenstehenden altägyptischen Kaiserin verknüpfte, ist der dringliche Wunsch aller Decker, die ihr Bild im Volk lebendig erhalten wollen. Die Kaiserin Auguste Viktoria-Spende, als Kleinrentnerin gebildet, dient diesen Zwecken; sie sei allen deutschen Männern und Frauen aus Herz gelegt. Die Götter, die für diesen Zweck am Leben werden, verbleiben zu 10 Prozent dem kummelnden Frauenausfluß zur Beschaffung ärztlicher Ratschläge von Kleinrentnern; die andere Hälfte ist dem Reichsfrauenausfluß zu überweisen (unter Konto des Reichsfrauenausflußes der Deutschen Nationalen Volkspartei, Sonderkonto Kaiserin Auguste Viktoria-Spende), bei der Diskonto-Gesellschaft, Berlin W. 9.; es wird aus diesen Mitteln die Errichtung eines Altersheimes geplant, welches sich aber infolge der ungenügenden Schwierigkeiten und Kosten einer Neuerichtung wohl zweckmäßiger in einen Ausbau oder Unterbringung schon bestehender oder gefährdeter Heime verwandeln wird, wo es nicht etwa möglich ist, den von Gott betroffenen Kleinrentnern die Aufrechterhaltung ihres eigenen Lebens durch eine Unterbringung aus der Kaiserin Auguste Viktoria-Spende zu ermöglichen. Es sei hier, als Mittel zur Werbung und possende Veranlassung zur Sammlung, ausdrücklich auf den loeblichen im Deutschen Reichsbund, „Unser Kaiserin“, hingewiesen (Preis mit Aufwandsbeitrag 15 Mark), wo das vollständige Material für einen solchen Gedächtnisband geboten wird. Der Text einer schönen Ansprache von Hannab Brandt, ein stimmungsvolles, mit einfachen Mitteln darstellendes Weisheitswort, Kaiserin Auguste Viktoria von Selene Rische, wertvolle Gedächtnisbeiträge, von Hanna Biele, die in jedem Folienbogen ergreifende Nieder von Kreuz und Kreuzfahnen bedichtet hat, ferner eine Reihe Gedächtnisreden von der Kaiserin, die ihr Leben hiegehn und ihr Ansehen lebendig erhalten, sowie passende gemeinsame Gedächtnisreden des Anhalts des stiftlichen Heilighaus. Die Hälfte des Ertrags einer Aufführung dieses Weisheitswortes Kaiserin Auguste Viktoria“ fließt bestimmungsgemäß ebenfalls der Kaiserin Auguste Viktoria-Spende zu.

Mögen sich im Monat April, dem Sterbe- und Gedenkmonat unserer geliebten Kaiserin, aller Orten deutschbewohnte Kronen regen, um zugleich mit dem Gedächtnis der Kaiserin ein Werk, das so ganz in ihrem Sinne ist, zu fördern und zu besetzen!

Poincarés Hirngespinnste

Am 10. April wird gemeldet: Der französische Ministerpräsident hat am 8. April im Rahmen der Debatte über die Regierungsvorlage betreffend die achtzehnjährige Militärdienstzeit der französischen Fremden Wehrleistungen über eine angelegte militärische Ausbildung der berechtigten Europäer verfügt gemacht. In dem er sich auf die eben empfangenen Berichte bezieht, hat er erklärt, die Angehörigen der „Polizeimeister“ würden, um ihre militärische Ausbildung abzumildern, gemeinsam mit dem Reichsbund ausgeübt; die Wehrleistungen, denen sie ausgesetzt würden, verletzten sie mit militärischer Ausrüstung, die sich in nichts von jenen der Reichswehr unterschiede.

Die Münchener „Polizeimeister“ habe eine Eintheilung von drei Kompanien gebildet, die nach dem Regiment des 19. Jägerregiments in Kompanien ausgebildet werden; um die militärische Ausbildung zu beschleunigen, habe man jene „Eintheilung“ einen privaten Charakter gegeben und sie „Laponia“ (von „Lapone“, polnisch) genannt; die Angehörigen der Schwäbizer hätten an

den Befehlen der Infanteriechefen der Reichswehr teil; die in militärischen Spezialdienstleistungen ausgebildeten Polizeibeamten beteiligten sich regelmäßig an den Übungen der Reichswehr; um die militärische Ausbildung auch jenen Polizeibeamten zu sichern, die in Orten ohne militärisches Garnison untergebracht seien, wurde von Zeit zu Zeit ein Auszug ins Land.

Hierzu wird festgestellt: Wie auch der Interalliierten Militärkontrollkommission zweifelslos bekannt sein mag, ist der Verdacht, auf den der Ministerpräsident sich bei diesen Mitteilungen beruft, hat von Anfang bis zu Ende gefehlt. Man darf erwarten, daß die Kommission für die offizielle Feststellung derartiger, nur der Berührung dienenden Informationen aus offenbar unzureichender und unverantwortlicher Quelle Sorge tragen wird.

Putschabsichten der polnischen Kampforganisationen

Gleiwitz, 17. April.

Wie die „Vollstimme“ aus Streß über Interalliierten Kommission erzählt, beobachten die Polizeibehörden aufmerksam die Vorgänge in den Landstrichen, die in ihrer Entlohnung den Charakter eines Putsches zu tragen scheinen. Nebenfalls werden von Streifen der Wpo und der alliierten Besatzungsbehörden außer Verbände bewaffneter Zivilisten, die den polnischen Nationalisten angehören, festgestellt. Ob diese Verbände im Zusammenhang mit Putschgeplänen stehen, ist noch nicht gewiß, gewinn aber durch die Veröffentlichung des oberirdischen „Wanzer“ über polnische Kampforganisationen an Wahrscheinlichkeit.

W. Rasch, 10. April.

Gestern nachmittags erlangte hier verlässliche Nachricht, deren Richtigkeit man noch nicht feststellen konnte. Um 5 Uhr nachmittags wurde der von Streß kommend ankommende Zug beschossen. Es entwickelte sich eine gegenseitige Schießerei. Hier wurden in Streß verbleibende Schiffe geschossen. Ein Mann von der Wpo wurde mit einem Schuß im Bein aufgefunden. Vier Mann der Wpo fanden beim neuen Wiederanstreben der Schieber einen Mann der Gemeindeführer leicht und einen Schwerverwundeten auf.

Pressesperre in Gleiwitz

w. Gleiwitz, 10. April.

In der gestrigen Explosion wird mitgeteilt, daß die Freischützengruppe vollständig im W. Rasch, 10. April, gleichgemacht ist. Eine Leiche ohne Beine wurde im Keller des Stalls vorgefunden. Wälder sind auf dem Friedhof gegen 40 Ziel- und Gewehrpatronen gefunden worden. Das Verbrechen der Unglücksfälle ist jedem verboten.

Die Freischützengruppe der Interalliierten Kommission ist das Ergebnis der polnischen Nationalisten, die polnische Nationalisten, bis ihnen eine Erklärung der Kommission zur Veröffentlichung zugestimmt worden ist.

Die Explosion auf dem Hüttenfriedhof in Gleiwitz ist nicht, wie ursprünglich gemeldet, in der Friedhofkapelle erfolgt, sondern in der Kapelle selbst, die von den Freischützern besetzt war. Die Freischützengruppe bestand aus 10 Mann, die auf dem Friedhof und gegen sich selbst nach der gestrigen Nacht, um dort nach Waffen zu suchen. Es ist anzunehmen, daß sie durch Denunziation auf ein dort befindliches Waffenlager aufmerksam gemacht worden sind. Die Franzosen liegen, nachdem die Wpist gestrichelt war, unter Führung des Gemeindeführers in der Kapelle. Was sich dort weiter ereignet hat, läßt sich bisher nur vermuten, da die an der Wpist beteiligten Heberleistungen — auch der Föhrer der Wpist — von den Franzosen mitgenommen wurden und eine Darstellung der Vorgänge bisher nicht gegeben wurde. Angeblich soll sich auch der Stellvertreter des Kreisföhrers betrogen befinden.

w. Gleiwitz, 10. April.

Der Kreisföhrer veröffentlicht über die Explosion folgenden amtlichen Bericht: Am Sonntag, 8. April, während einer Durchsichtigung auf dem Friedhof des Königsbäders, wurden in einer Kapelle des Kirchhofes Waffen und Munition in großer Menge vorgefunden. Gegen 14 Uhr erlangte beim R. Rasch, 10. April, dieses Materials eine furchtbare Explosion, durch die die Kapelle zerstört und die gegenwärtigen sowie die in der Kapelle befindlichen französischen Soldaten getötet wurden. Die durch den technischen Dienst der Gensetrueren vorgenommene Untersuchung ergab als Grund der Explosion eine gegen die Wpist der Kapelle abgebrannte Metallmine, die aus Beschäftigten der Explosion in einem Nachschubsystem verladen war, um im Falle einer Durchsichtigung ein abscheuliches Attentat zu bewirken. Infolge dieser Katastrophe beschlief der Kreisföhrer des Stadtkreises Gleiwitz, daß die öffentlichen

Beauftragten, die Stange und Messerzangen sowie Schweißzangen für die Arbeit des Schweißens der Verunglückten geschloffen bleiben müssen.

Nach altemännlichem Muster nehmen die Franzosen die Explosion zum Anlaß, die bestmögliche Öffentlichkeit zu schlieren, indem sie nur die Bräuterei ihrer Soldatenpöhrer erörtern. Sie haben nicht beanstanden, daß die Wpist liberal in Oberirdischen Waffenlager einrichteten und haben damit leistungsfähiger Weise selbst die Gefahren beschleunigt, denen jetzt nicht nur französische Soldaten, um Opfer gefallen sind, sondern sogar noch ein deutscher Arbeiter. Das Verbot der Gleiwitzer Zeitungen läßt nicht gerade auf ein reinen Gemüthen der Franzosen schließen.

Wollt Ihr erfahren, was sich ziemt . . .

Der „Vorwärts“, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bezeichnet sich in seinem Inserat als „Berliner Volksblatt“, womit er wohl zum Ausdruck bringen will, nicht etwa, daß er niederen Instanzen des Volkes Vorzug leisten, sondern daß er an des Volkes Erziehung arbeiten wolle. Wie er das in politisch tut, ist mündig bekannt. Seine Erziehungsmethoden dort beweisen nicht gerade pädagogische Negation. Aber er stellt aus seinem Inseratteil in den Dienst der Volkserziehung — wie er es aufstellt. Und das bringt er z. B. die Anträge des Bundes in Eiden Berlin, in der in folgender Form formuliert worden ist:

„Also spricht sein Eiden: „Wenig, nimm den Finger aus der Kasse — so schickst dich uns doch nicht, daß wir uns den Finger in der Kasse wägen müssen.“ — Nach die mal nichts ins Köcher . . . — Franz, die bammelst was aus der Kasse zack hoch aber mal Charakterbuntheit! — Frage, rickst du nicht? Ausgerechnet der Herr vor mir.“

Der „Vorwärts“ steht aber als antiparlamentarisches Inserat nicht am Standpunkt „non olot“, aber an diesem Inserat wird doch sogar der selbe Versuch unternommen. Wir wollen nicht annehmen, daß die Haltung dieser Anzeige dem Willen der Redaktionsleiter angepaßt wäre, denn wir der Meinung, daß der deutsche Arbeiter in seinem guten Durchsicht nicht nur die zu antworten, sondern auch viel zu geschwändelt ist, um an betraglichen humorlosen Dredlichbeurteilen Gefallen zu finden. Es sollte dann aber seinen „Berliner Volksblatt“ einmal die Meinung sagen über die Grenzen dessen, was man ihm bieten darf, selbst in bezüglichen Inseraten.

Gleichheit und Brüderlichkeit

Genosse Debebour hat bekanntlich einen schweren Unfall erlitten, der ihn auf das Krankenlager warf. Aber Genosse Debebour war doch kein gewöhnlicher Genosse, sondern ein bevorzugter Patient, denn er wurde im Krankenhaus des Herrn Zimmer erster Klasse untergebracht. Freilich, die Kranenführer freuten sich natürlich, wenn der Patient ankommen will, aus Liebe also haben sie Herrn Debebour auch nicht in die erste Klasse gebettet. Im Krankenhaus sprach es sich nun sehr bald, namentlich in der dritten Klasse, herum, daß auch Genosse Debebour krank läge und (die Heberzahlung war hoch) in der ersten Klasse wäre. Das konnten die Genossen aus der dritten Klasse nicht verstehen. Debebour ist ja ein unentgeltlicher Patient, gegen die Kapitalisten, in deren Mitte er sich jetzt kurieren ließ. Die Befunde bei den sich in Bewegung befindenden Genossen aus der dritten Klasse nahmen denn auch einen großen Umfang an, nicht aus Liebe zum Genossen Debebour, sondern, wie sich die Patienten aus der dritten Klasse äußerten, dem Genossen Debebour die Wpist zu geben. Man hielt ihm vor, daß er als erfrigor Patient betten liege und seine Luft zeige, mit den Genossen in der dritten Klasse in einer Klasse zu liegen. Die Befunde waren so zahlreich und dem Genossen Debebour so unangenehm, daß er schließlich die Meinung gab, keinen aus der dritten Klasse mehr zu ihm zuzulassen.

Einsetzung der ältesten Söhne des Kronprinzen. In der Friedensfrage in Potsdam wurden die ältesten Söhne des Kronprinzenpaars eingesetzt. In Vertretung des Kaisers erstgenannte Kaiserliche.

Gefangenenversteck. Räuberscheit, 9. April. Im tiefsten Amtsgeschäftsinstitut entsetzte der wegen zahlreicher schwerer Einbrüche gefangenommene Untersuchungsbeamte Josef Schwaure einen Aufbruch, indem er den wüsten Mann spielte. Die arbeitsamen Gefangenen machten gemeinsam sechs mit Schwaure, indem sie furchtbar lachten, Bestärkungen in den Zellen anordneten, die Aufsichtsbewachen in der gemeinsamen Weise bedrohten und befehligen.

Im Lande der Verheißung

Ein deutscher Kolonial-Roman

von

Freida Frein von Bülow.

„Was hören Sie?“ wollte sie fragen, aber das Grauen lächelte ihr die Zunge.

Denn schon hörte sie selbst etwas: dumpfen Trommelwirbel.

„Eine Ngoma“, sagte sie, Ruhe bewahrend.

Die beiden jungen Männer schwiegen und lachten. Beide waren überzeugt, daß dieser ferne Trommelwirbel nicht von einer jenseitigen Ngoma, sondern von einer der kengend und mordend durchs Land streifenden Herden herrührte.

Dieser Umstand gab den Worten der Baronin ein starkes Gewicht.

In einer Stunde konnte die Bande hier sein, und dann war man in dem palmstrohgedeckten leichten Häuschen einfach verortet.

Sichart, der Jüngere von beiden, bemerkte, es sei doch wohl das Häutige, der Frau Baronin zu folgen.

Maleen antwortete:

„Ich bitte Sie, eilen Sie sich! Ihre Sachen nehme ich auf den Wagen. Sie müssen auf den Maultieren reiten. Geladene Revolver haben Sie wohl zur Hand. Ich denke, in einer Viertelstunde können Sie reisefertig sein. Wir dürfen nicht zu tief in die Nacht kommen.“

Sie sah, daß Jördens noch unentschuldig war.

„Wenn Sie in einer Viertelstunde nicht reisefertig sind, Herr Jördens, bleibe ich hier. Ich gebe Ihnen mein Wort darauf. Für die Folgen tragen Sie die Verantwortung.“

Jördens, der sie anah, antwortete nicht, daß sie ihr Wort wahr machen werde. Es blieb ihm keine Wahl. Und in diesem Maße auch keine Zeit zu verlieren.

Der herabsteigende Mann konnte sich, leit er jenen unheimlichen Trommelwirbel hörte, eines flüchtigen Gefühls im Rücken nicht erwehren. Es war ihm nicht unangenehm, daß er sich gemungen sah, die resolute Dame zur Stadt zu begleiten.

„Machen wir uns fertig“, sagte er zu seinem Gefährten. Sichart antwortete auf.

Maleen wartete im Wagen.

„Das muntere Pferd scharrte im Sand, schüttelte die Mähne und brüllte.“

In der Ferne hörte man ununterbrochen das Trommeln.

Der Himmel rötete sich und schuf den glänzenden Grund, von dem sich die schon geschwungenen Riten der Palmen so wirksam abhoben.

Die frisch genossene, gelockerte Erde der Samenbeete sandte fruchtbareren Ergeruch empor.

Maleen dachte daran, daß Georg sie vor allem gemarrt hatte, sich in der Nähe frisch umgearbeiteten Ackerbodens aufzuhalten.

Dieser so angenehme Ergeruch trug die meisten Malariakeime.

Rein, sie wollte kein Fieber wieder. Dies lädielche, erschauende, das Mark aus den Knochen und aus der Seele fangende Uebel!

Sie fuhr langsam den Weg entlang eine mäßige Anhöhe hinauf, von der man das Meer übersehen konnte.

Kreidib weiß schimmernde auf den Felsen der Einjomen die kleine Mollerte. Dahinter, in violettem Tauf, die Stadt.

Ein Zug leuchtend strebender Reiter schenkte sich sofort von dem feuerfarbenen Himmel ab. Ein geschwelltes Tauangel auf dem in Gold- und Kupferfarbe glitzernden Meer lag odergerall aus.

„O Land, Land!“ rief Maleen: „Könnte Siebe dich gewinnen, so müßt du mein.“

Sie mußte auf dem nicht sehr breiten Wege umwenden.

Das nahm sie in Anbetracht, daß sie nicht sehr breiten Wege umwenden.

Als sie wieder bei dem Baumstammchen vorfuhr, stand Sichart schon bereit neben ein paar grauen Viehstücken und eintagen Bündeln.

Der schwarze Diener der Pfanne und Abdallah hoben die Sachen auf den Wagen.

Jördens kam vom Stall her mit den gefälltesten Maultieren.

Er sprach angelegentlich auf dem schwarzen Unteraufseher, dem er die Obhut der Plantage überlassen mußte.

„Ach, Bana! Gualah Bana!“ erörnten die Abstimmungsverfäherungen des Schwazars.

„Sowst wurden wenig Worte gemacht.“

„Haben Sie die Revolver?“ fragte Maleen.

„Wahoh, gnädige Frau.“

„Halten Sie sie auf jeden Fall bereit. Mohamed bin Ali meine, der Weg sei nicht fider.“

Jördens und Sichart schwanen sich in die Sättel. In raschem Tempo ging es labwärts.

Die Fenster in einem indischen Landhaus glänzten wie Feuer im letzten Widerschein des Sonnenuntergangs.

Gleich darauf lag das weiße Haus, wie alles ringsumher, in Nacht. Und diese laue Nacht war von balsamischen Düften erfüllt.

„Sehen Sie dort!“ rief Sichart, „sehen Sie die Gintaugen? Das ist ein Tjidui.“

„Ein Tjidui?“

„Ein Wanther.“

Das Wagenpferd schaute. Maleen sprach ihm laut zu und brachte es wieder in ruhiger Gangart.

„Die Wanther greifen nie an“, verächtliche Jördens; „höchstens überfallen sie Menschen und Tiere im Schlaf.“

Man sah jetzt ein paar schwarze Schattengestalten sich vor dem Feuer bewegen.

„Sie Tausel“, meinte Maleen.

Sie trieb ihr Viehchen an, daß es in Galopp fiel. In ihrem kurzen, scharfen Trab folgten die temperamentvollen Maultiere.

Wäplich frachte in nächster Nähe ein Affentanzschuß.

Das Pferd schaute und rittte vorwärts; aber immer hörte sie das Kratzen der Maultiere dicht hinter sich.

„Gint, Gint!“ knurrte es mehrmals aus allen, mit Kulden überladenen Hintern.

„Sibt, sie sitzen uns“, bemerkte Abdallah.

(Fortsetzung folgt.)

Belegblätter im allgemeinen zum Verkauf...
Berliner Produktemarktpreise.

Amfliche Notierungen für 1 Zentner...
Weizen, m.ä. 80-85 rubl.
Roggen, m.ä. 50-55 pomm. rubl.
Weizenmehl 300-325, feinstes höher, Roggenmehl 170-180, rubl (je 2 Z).

Leipzig Notierungen
Chemn. Bank, Leipzig
Thür. Gas, 18 168-
Cylinder-Papier, 25 700-
Glauz, Zucker, 25 1515-
Gr. Leipzig, 25 100-
Halla-Zucker, 25 100-
Portland-Zement, 10 2100-
Korb, Kammerzinspinneri, 10 850-
Leipzig, 10 850-
Mansfeld, Kuxe 100 3000-

Berliner Metallnotierungen
Bertin, 10. April. Preise für 100 kg in Mark.
Raffinade-Kupfer 90-93,5
Orig.-Hütt.-Weichblei 2550-3000
Orig.-Hütt.-Zinn 1700-1850
Hüttblei (86-90%) 1930-1940
Antimon (Hütt.) 2500-2550
Silber in Barren, etc. 1000
für 1 kg 5450-5500
Elektr. Hütt.-Kupfer, 100 kg 8841
Original-Hütt.-Kupfer
in U. übersch. Hütt. Preis des Unkühlbleies 2545

Nichtamtliche Rohstoffe-Notierungen
Weizen- und Roggenstroh 110-125, Stroh selbige bindend.

Devisen-Notierungen
Amstd.-Rott. 1443,75 1444,35
Buenos Aires 103,74 103,77
Bulgarien 266,70 267,30
Brasil.-Antwerp 256,20 256,20
Christiana 55,75 55,75
Kopenhagen 140,85 140,85
Stockholm 78,15 78,15
Helsinki 32,25 32,25
Lissabon 119,05 119,05
London 131,90 132,70

Banckhaus Schweinsberg & Schröder
Halle 5, Magdeburger Str. 2
belegt auf beste Gebühre jeder Art bei
Werpapieren und Geldmarken
Fernsprecher 1032/1033 Drahtanfrage: Banckhaus

Berliner Börse vom 10. April 1922.

Table with multiple columns: heute gestern, Ausl. Eisen-Aktien, Industriekurs, do. Metall, etc. Includes various stock and commodity prices.